



im Rat der
Stadt Oldenburg

26105 Oldenburg
Altes Rathaus, Zimmer 4
Telefon: 0441 - 235 2686
Telefax: 0441 - 235 2156
E-Mail: cdu-fraktion@stadt-oldenburg.de

Newsletter CDU-Fraktion Oldenburg – Nr.3/Mai 2017

CDU unterstützt Einwände gegen Bahnpläne +++ Jugendherberge: Olaf Klaukien schlägt städtebaulichen Wettbewerb vor +++ Luftverschmutzung: Fraktion fordert flächendeckende Messungen

Einwände gegen Bahnpläne auf der Schiene

Ausbau der Stadtstrecke: CDU begrüßt fraktionsübergreifendes Ratsvotum



Geschlossene Schranken sind am Bahnübergang Ofenerdiek keine Seltenheit. Der Rat forderte von der Bahn Nachbesserungen beim geplanten Ausbau der Stadtstrecke. Bild: Oliver Bloch

Das eindeutige Votum des Oldenburger Rates gegen die von der Bahn überarbeiteten Ausbaupläne für die Stadtstrecke hat die CDU-Fraktion ausdrücklich begrüßt. Es müsse darum gehen, im Zuge der Planfeststellung eine solide und vernünftige Prüfung der Bestandstrecke und auch der Alternative Umgehungstrasse

vorzunehmen. „Diese ist die Deutsche Bahn bis jetzt schuldig geblieben. Dank der Einwendungen üben wir auch weiter Druck auf die Bahn aus, um im Falle eines Ausbaus der Stadtstrecke den bestmöglichen Lärmschutz für die Anlieger zu erreichen“, sagte der Fraktionsvorsitzende Olaf Klaukien. In einer Sondersitzung am 6. April hatte der Rat fraktionsübergreifend die Einwendungen der Stadt gegen die überarbeiteten Pläne der Bahn gebilligt. Die einzige Gegenstimme kam von der CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Esther Niewerth-Baumann. Vor der Abstimmung hatte sich die Fraktion nochmals intensiv mit dem Planfeststellungsverfahren (PFA 1) befasst. So wurden Gespräche mit den



Begründete die Position der CDU-Fraktion:
Olaf Klaukien

Oldenburger Bahninitiativen sowie der Industrie- und Handelskammer (IHK) einschließlich regionaler Wirtschaftsverbände geführt. „Dabei haben wir festgestellt, dass eine Neujustierung unserer Position nicht erforderlich ist, auch weil wesentliche Punkte im PFA 1 unverändert geblieben sind“, erläuterte Klaukien: „Die CDU wird nicht um jeden Millimeter für eine Bahnumgehung kämpfen. Dennoch darf man die Bahn bei der notwendigen Variantenprüfung nicht aus der Verantwortung entlassen.“ Ähnlich argumentierte Fraktionsvize Christoph Baak: „Die CDU muss den eingeschlagenen Weg weitergehen, um im Falle des Ausbaus den bestmöglichen Schutz für die Anlieger der Bestandsstrecke zu erreichen. Wenn die Stadt jetzt ihren Widerstand aufgegeben hätte, wäre dies für die Anlieger nachteilig.“ Vor allem die IHK hatte sich für ein sofortiges Ja zum Ausbau der Stadtstrecke ausgesprochen und den Gegnern „Kirchturmdenken“ vorgeworfen. In der Ratssitzung am 6. April ging es allerdings nicht um die Grundsatzfrage Umgehung oder Ausbau. Im Mittelpunkt standen vielmehr der Lärmschutz, die Emissionen und die Erschütterungen an der Strecke, um die Bahn zu Nachbesserungen im Planfeststellungsverfahren zu bewegen. Hinweise zu einer Umgehung gebe es „nur“ in der Präambel, bemerkte Baak.

Bei ihrer abweichenden Meinung blieb derweil Dr. Esther Niewerth-Baumann, die den Beschlussvorschlag wie angekündigt ablehnte. „An verschiedenen Stellen der Einwendung wird darauf hingewiesen, dass die Umgehung als vorzugswürdige

Variante angesehen werde. Das kann ich nicht mittragen“, sagte sie. Ansonsten könne sie den Ratsbeschluss durchaus unterstützen.

Am Zug ist nun das Eisenbahnbundesamt, das die Bahnpläne und die kritische Stellungnahme der Stadt bewerten muss. Insgesamt erfolgten bis zum Ende der erneuten Auslegung im April mehr als 10.000 Einwendungen, mit denen die Unterzeichner deutliche Kritik äußerten. Die Stadt hofft auf eine Prüfung der Umgehungsvariante. Aber auch eine Genehmigung des Ausbaus unter Auflagen ist möglich. In diesem Jahr wird allerdings nicht mehr mit einer Entscheidung gerechnet.

+++++

Neue Ideen sind gefragt

Jugendherberge: CDU schlägt städtebaulichen Wettbewerb vor

Es ist ein attraktives Grundstück in zentraler Lage, aber mit ungeklärter Zukunft. An Ideen für die künftige Nutzung des Jugendherbergsgeländes an der Von-Finckh-Straße/Alexanderstraße mangelt es daher nicht. Im Ringen um die beste Lösung hat die CDU-Fraktion auf Initiative von Olaf Klaukien im Bauausschuss am 16. März die

Ausschreibung eines



Attraktives Gelände mit ungewisser Zukunft: Die CDU hat einen städtebaulichen Wettbewerb für die Gestaltung der Oldenburger Jugendherberge vorgeschlagen.

Bild: Oliver Bloch

städtebaulichen Wettbewerbs beantragt. Ziel ist die Ausschreibung eines Investorenwettbewerbs für die

Nachnutzung des Areals nördlich der Innenstadt. „Vor dem Hintergrund des geplanten Umzugs der Jugendherberge im Jahr 2019 ergeben sich auf dem Grundstück viele interessante städtebauliche Möglichkeiten“, begründete der Fraktionsvorsitzende seinen Vorschlag. Der Wettbewerb solle ausgeschrieben werden, um eine optimale Nachnutzung des attraktiven Grundstücks zu erreichen. „Wichtig ist uns, dass beispielsweise der Stadtjugendring oder die VHS die Möglichkeit bekommen, auf dem Gelände zu bleiben - sofern dies gewünscht wird“, ergänzte die Fraktionsvorsitzende Dr. Esther Niewerth-Baumann.

Die auszuschreibende Aufgabe soll folgende Eckpunkte beinhalten:

1. Abriss des auf dem Grundstück befindlichen Gebäudekomplexes
2. Nutzungsmix aus:
 - a) einer Kindertagesstätte entsprechend dem Bedarf im Stadtteil
 - b) einem für Vereine und Verbände bis zu 30 Personen nutzbaren Aufenthaltsraum/Begegnungsstätte sowie
 - c) den derzeit auf dem Grundstück befindlichen Nutzern, soweit dies gewünscht ist.
 - d) überwiegend preiswertem Wohnraum.
3. Realisierung des Bauvorhabens in Bauabschnitten, um den auf dem Grundstück befindlichen Nutzern den Umzug ohne Zwischenlösung zu ermöglichen.
4. Der Gestaltungsbeirat wird in das Wettbewerbsverfahren eingebunden.

+++++

„Die Entwicklung der Stadt maßgeblich mitgeprägt“

Ehemalige Ratsmitglieder mit Lambertus-Siegel ausgezeichnet

Gold, Silber, Bronze: Ein wenig ging es zu wie bei Olympia, als Oberbürgermeister Jürgen Krogmann Ende Februar das Große Lambertus-Siegel an ehemalige Ratsmitglieder verlieh. „Sie haben die Entwicklung der Stadt maßgeblich mitgeprägt“, würdigte Krogmann die ehrenamtliche Arbeit von 36 Ratsherren und Ratsfrauen, die nach oder während der vergangenen Wahlperiode ausgeschieden sind. Auch fünf ehemalige Ratsmitglieder der CDU-Fraktion wurden ausgezeichnet.



Das Lambertus-Siegel in Gold, Silber und Bronze.
Bild: Stadt Oldenburg

Das Lambertus-Siegel in Gold erhielten Maike Würdemann und Michael Rosenkranz, die beide dem Stadtrat 15 Jahre (2001 bis 2016) und somit drei volle Wahlperioden angehörten. Silber ging an Hans-Peter Blöcker (2003 bis 2016), Bronze erhielten Hans-Joachim Voß und Holger Grond (2011 bis 2016). Auch Birgit Drieling wurde geehrt, die als Ratsfrau der Freien Wähler (2011 bis 2016) gemeinsam mit ihrem Mann Manfred fünf Jahre lang eine Gruppe mit der CDU im Stadtrat gebildet hatte. Das Siegel verleiht die Stadt Oldenburg seit 1976 ausschließlich ehemaligen Ratsmitgliedern für ihre Verdienste. Intern wurden die Ehemaligen bereits im November 2016 auf einer Feierstunde der CDU-Fraktion verabschiedet.



Erhielten das Große Lambertus-Siegel der Stadt Oldenburg: Maike Würdemann, Hans-Peter Blöcker, Birgit Drieling (Freie Wähler), Holger Grond, Hans-Joachim Voß und Michael Rosenkranz (von links) Bild: Oliver Bloch

+++++

Neues aus den Ausschüssen

Luftverschmutzung: CDU beantragt flächendeckende Messung

Für eine flächendeckende Messung der Luftverschmutzung in Oldenburg setzt sich die CDU-Fraktion seit Längerem ein. Im **Umweltausschuss** forderte sie daher die Errichtung weiterer Messstationen an geeigneten Standorten. „Derzeit existiert nur eine Messstation am äußerst befahrenen Heiligengeistwall. Wenn wir verlässliche Daten zur Luftverschmutzung in der gesamten Stadt gewinnen wollen, müssen wir auch an mehreren Standorten messen“, argumentiert der Fraktionsvorsitzende Olaf Klaukien.

Auf diese Weise lasse sich ermitteln, ob die hohen Schadstoffwerte am Heiligengeistwall singulär oder repräsentativ für das gesamte Stadtgebiet seien. Die gewonnenen Daten dieser Anlagen und der bereits bestehenden am Heiligengeistwall solle die Verwaltung anschließend im Ausschuss vorstellen. Ziel sei eine breitere Informationsbasis, um wirkungsvoll gegen die Luftverschmutzung in Oldenburg vorgehen zu können, betont Michael Schilling, umweltpolitischer Sprecher der

Fraktion: „Anhand jener Daten können Politik und Verwaltung dann geeignete und angemessene Maßnahmen zur Luftreinhaltung in ausreichendem Umfang ergreifen.“

Abfuhr für Müllpläne

Die Kritik vieler Bürger am neu konzipierten Abfuhrkalender der Stadt Oldenburg hat die Einschätzung der CDU-Fraktion bestätigt. „Wir haben bereits in der Ausschusssitzung des **Abfallwirtschaftsbetriebes (AWB)** im Dezember auf die Probleme hingewiesen“, sagte der Fraktionsvorsitzende Olaf Klaukien: „Die



Viele Bürger erteilten dem neuen AWB-Kalender eine deutliche Abfuhr. Bild: Gabi Schoenemann/Pixelio.de

Neuregelung für 2017 ist alles andere als bürgerfreundlich, sondern unübersichtlich und kostentreibend.“

So komme es seit Jahresbeginn in einigen Stadtbezirken vor, dass Rest- bzw. Biomüll, Altpapier und Gelbe Tonne an drei verschiedenen Werktagen abgeholt werden. Bislang war die Regelung übersichtlicher:

Die Tonnen wurden in einem Bezirk immer an ein und demselben Wochentag geleert.

Vor allem bei größeren Mietobjekten werde diese unnötige Aufsplitterung für Ärger und höhere Kosten sorgen, hatte die CDU-Fraktion richtig vorausgesagt. Denn die dort eingesetzten Objektbetreuer müssen nun an mehreren Tagen vor Ort sein und brauchen deutlich mehr Zeit für das Hinausstellen der Mülltonnen. Die Kosten dafür werden auf die Mieter umgelegt. „Zur Kasse gebeten wird der Bürger, der erneut eine Fehlplanung im Abfallbereich ausbaden muss“, kritisiert Klaukien in Anspielung auf den inzwischen beigelegten Streit um die kommunale Übernahme der Altpapierentsorgung. Da die alte Regelung, anders als von der Verwaltung dargestellt, kaum zu Engpässen und unlösbaren Verkehrsproblemen geführt habe, liegt für Klaukien nur ein Schluss nahe: „Der Abfallwirtschaftsbetrieb muss im Jahr 2018 wieder zum alten Verfahren zurückkehren. Dafür wird sich die CDU-Fraktion einsetzen.“

+++++

Schulpolitik: Mit aktuellen Zahlen planen

Die Raumknappheit an Oldenburger Schulen hat die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg auf die Tagesordnung der politischen Gremien gesetzt. In einem Antrag für den **Schulausschuss** setzt sich die CDU für eine jährliche Fortschreibung und Aktualisierung des sogenannten Musterraumprogramms ein.



Nimmt die Raumknappheit an Oldenburger Schulen in den Blick:
Dr. Esther Niewerth-Baumann

„Es hilft den Schulen wenig, wenn bauliche Planungen aufgrund veralteter Zahlen vorgenommen werden, da das Programm nicht den aktuellen Erfordernissen angepasst wird“, begründet die Fraktionsvorsitzende Dr. Esther Niewerth-Baumann. Das Musterraumprogramm der Stadt liefert Richtwerte für Raumgrößen bei Standard- oder Erweiterungsbauten an den Schulen sowie für die Bewertung des Bestandes.

Gerade im Hinblick auf die großen Herausforderungen der Inklusion und den Ausbau der Ganztagsangebote bestehe an den Oldenburger Schulen zum Teil erheblicher Erweiterungsbedarf. Daher sei es für eine sinnvolle Planung notwendig, über möglichst aktuelle Zahlen zu verfügen und das Musterraumprogramm jährlich fortzuschreiben, fordert die Fraktionsvorsitzende und schulpolitische Sprecherin.

In diesem Zusammenhang thematisiert die CDU auch die Rückkehr zum G-9-Abitur im **Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft und Hochbau (EGH)**. Aufgrund der Rückkehr zum „G9“ wird im Schuljahr 2020/21 der erste Jahrgang wieder nach neun Jahren das Abitur ablegen, so dass der räumliche Bedarf in den kommenden Jahren wachsen dürfte. „Da das Raumangebot vor allem an den Gymnasien schon jetzt häufig äußerst knapp bemessen ist, bittet die CDU die Verwaltung um Auskunft, wie der Umstellung Rechnung getragen werden soll“, sagt Dr. Niewerth-Baumann.

Die CDU-Fraktion bittet die Verwaltung im Schulausschuss zudem um eine Stellungnahme, wie die zusätzlichen Landesmittel für Schulverwaltungskräfte in Oldenburg eingesetzt werden. Aufgrund einer Vereinbarung der Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden stellt das Land Niedersachsen den Schulträgern ab diesem Jahr zusätzliche Mittel zur Finanzierung von Schulverwaltungskräften (zum Beispiel Sekretärinnen) zur Verfügung.

Daher ist es von Interesse, wie diese Mittel eingesetzt werden. Wie aus den Schulen zu hören ist, nehmen vor allem die Sekretärinnen häufig höchst anspruchsvolle Verwaltungsaufgaben wahr, ohne dass dies entsprechend honoriert werde. Daher befürwortet die CDU-Fraktion, dass die Schulen möglichst eigenständig über das zusätzliche Budget entscheiden können.

+++++

Für Rückfragen stehen Ihnen die Fraktionsvorsitzenden, Frau Dr. Niewerth-Baumann und Herr Klaukien, gerne zur Verfügung.

Olaf Klaukien: 0177 – 2345523 Dr. Esther Niewerth-Baumann: 0173 – 2432909

Weitere Informationen über die Arbeit der CDU-Fraktion finden Sie auf unserer Internetseite: www.cdu-fraktion-oldenburg.de

Das Fraktionsbüro erreichen Sie telefonisch unter 0441 – 2352686.